

ERKLÄRUNG ZU DEN ZUSTÄNDEN IN DER ZENTRALEN ASYLAUFNAHMESTELLE BERLINS

Die Unterbringung und angemessene Betreuung der Flüchtlinge, die in immer größeren Zahlen nach Berlin kommen, ist eine große Herausforderung. Wir Grünen sind zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bereit und wirken deshalb sowohl im Beirat für Zusammenhalt sowie am Runden Tisch zur Versorgung der Flüchtlinge mit, ebenso wie unsere Aktiven sich in allen Bezirken vor Ort für Flüchtlinge einsetzen.

Wir waren heute in der Zentralen Asylaufnahmestelle (ZAA), um uns ein Bild von der Lage zu machen und mit den Verantwortlichen zu sprechen und stellen fest: Zu den Zuständen dort können wir nicht einfach schweigen.

Es ist höchste Zeit, dass der Regierende Bürgermeister den Umgang mit Flüchtlingen in der Hauptstadt zur Chefsache macht. Alle Regierungschefs werden daran gemessen werden, wie sie diese Herausforderung bewältigen. Das gilt auch für Michael Müller!

Während Senator Henkel bei der Bundeskanzlerin die Beschleunigung der Asylverfahren einfordert, wird die Einleitung dieser Asylverfahren in Berlin verschleppt. Berlin muss seinen Beitrag leisten, um die Menschen schnell in Verfahren zu bringen!

Neu ankommende Asylsuchende werden in Berlin entgegen den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften von der Zentralen Asylaufnahmestelle ZAA des Landesamtes für Gesundheit und Soziales LAGeSo obdachlos gelassen und erhalten willkürlich geminderte Sozialleistungen und frei erfundene Identitätspapiere.

Die Asylsuchenden und ihre bei der ZAA gestellten Asylgesuche werden über viele Wochen hinweg nicht zur förmlichen Einleitung des Asylverfahrens an das zuständige Asylbundesamt BAMF weitergeleitet. Viele Asylsuchende campieren mitsamt ihren Kindern im Freien und sind ohne Gesundheitsversorgung. Ehrenamtliche Hilfe wird nicht koordiniert. Aber auch die Arbeitsbedingungen und -belastung in der ZAA sind unzumutbar.

Für die Erstunterbringung und Versorgung von Asylsuchenden durch die ZAA fordern wir:

1. Sitzgelegenheiten, Sonnenschutz, mobile Toiletten- und Hygieneeinheiten im Eingangsbereich der ZAA, regelmäßige Versorgung der Wartenden mit Wasser

2. Schaffung eines zentralen Ehrenamt-Managements, um die Unterstützung durch die Zivilgesellschaft besser mit der Arbeit des ZAA zu koordinieren
3. Ausbau des Einsatzes von Sprachmittlern
4. Zuweisung einer konkreten Unterkunft für neu in Berlin ankommende Asylsuchende in Zusammenarbeit mit den Bezirken. Keine "Placebo-Hostel-Gutscheine"!
5. Sofortige Aufstockung des Personals – auch durch eine Gemeinschaftsaktion aus allen Verwaltungen, bzw. Umsetzung aus anderen Behörden. Aufruf an Ruheständler und der freiwillige Einsatz von Azubis an Wochenenden. Über die jetzt geschaffenen Planstellen hinaus muss weiteres Personal prospektiv aufgebaut werden
6. Sofortige Schaffung weiterer Unterbringungsmöglichkeiten. Die in staatlicher Regie errichteten modularen Bauten sind richtig, kommen aber zu spät. Auch die sechs Containerdörfer reichen nicht aus.
7. Vorrangige Nutzung der durch die BIMA angebotenen Grundstücke, der Lungenklinik Heckeshorn, der Julius-Leber-Kaserne. Schnellere Vermittlung in Wohnungen, größeres Kontingent bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften.
8. Aufruf des Regierenden Bürgermeisters zur Unterbringung von Flüchtlingen in Privatwohnungen und entsprechende Koordination dieser privaten Hilfe
9. Unverzögliche Weiterleitung der Asylsuchenden nach der Registrierung an die Außenstelle des BAMF zur förmlichen Asylantragstellung.
10. Auszahlung der Grundleistungen nach § AsylbLG – keine willkürlichen Leistungskürzungen.

Bettina Jarasch, Wolfgang Wieland, Canan Bayram, Renate Künast, Özcan Mutlu, Lisa Paus, Hans-Christian Ströbele

Berlin, 07. August 2015